



Kommunikation als strategische Herausforderung

MEDIENRESONANZANALYSE ZUM DEUTSCHEN ENGAGEMENT IN MALI

STUDIE 4 AUS DER STUDIENREIHE DES BEIRATS



Studie im Auftrag des Beirats der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung

Autor*innen:

Stephan Becker-Sonnenschein¹; Peter Blechschmidt¹; Isabella Pfaff¹; Joachim Trebbe²

¹ mfm – Menschen für Medien

² Freie Universität Berlin



Der Beirat der Bundesregierung
Zivile Krisenprävention und Friedensförderung

Kommunikation als strategische Herausforderung

MEDIENRESONANZANALYSE ZUM DEUTSCHEN ENGAGEMENT IN MALI

STUDIE 4 AUS DER STUDIENREIHE DES BEIRATS

Impressum

Beirat der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung
c/o Auswärtiges Amt
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Autor*innen:

Stephan Becker-Sonnenschein, Peter Blechschmidt, Isabella Pfaff, Prof. Dr. Joachim Trebbe

Begleitung der Gesamtstudie:

Generalleutnant a. D. Rainer L. Glatz, Melanie Hauenstein, Dr. Claudia Major, Nora Müller, Winfried Nachtwei

Redaktion:

Laura Berger

Zitierweise für diese Publikation:

Becker-Sonnenschein, Stephan; Blechschmidt, Peter; Pfaff, Isabella; Trebbe, Joachim (2022):
Kommunikation als strategische Herausforderung: Medienresonanzanalyse zum deutschen
Engagement in Mali. Herausgegeben vom Beirat der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und
Friedensförderung. Studie 4. Berlin.

Diese Studie wurde vom Beirat Zivile Krisenprävention und Friedensförderung beauftragt. Inhalte
und Empfehlungen der Studie geben nicht notwendigerweise die Meinung des Beirats oder einzelner
Mitglieder wieder, sondern liegen in der Verantwortung der Autor*innen.

Lektorat: Corina Alt, Publicate

Layout/Druck: simpelplus, Berlin

Kontakt: koordination@beirat-zkp.org

Stand: Juli 2022

Vorwort

Vorwort

In Mali engagiert sich Deutschland mit außen- und sicherheitspolitischen, entwicklungspolitischen sowie friedensfördernden Maßnahmen. Seit dem Ende des internationalen militärischen Engagements in Afghanistan 2021 ist der Sahelstaat der wichtigste Einsatzort der deutschen Bundeswehr. Dennoch wird in den Medien vergleichsweise wenig darüber berichtet und in der deutschen Öffentlichkeit sind die vielfältigen Aktivitäten der Ressorts und zivilgesellschaftlicher Akteure in Mali kaum bekannt. Auf Regierungsebene werden vor allem Terrorismusbekämpfung und die Regelung von Migration als sicherheitspolitische Interessen von Deutschland und der EU in Mali benannt. Diese Aspekte dürften nicht zuletzt für die Zustimmung des Bundestags zur fortgesetzten Beteiligung der Bundeswehr am UN-Einsatz MINUSMA ausschlaggebend gewesen sein.

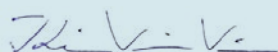
Doch Art und Umfang des deutschen Engagements in Mali sollten nicht nur zwischen der Bundesregierung und dem Parlament verhandelt werden. Es braucht eine breite öffentliche Debatte. Damit würde die Ampel-Koalition ihr im Koalitionsvertrag gesetztes Ziel eines „Dialog[s] mit den Bürgerinnen und Bürgern über die Herausforderungen der internationalen Politik“ umsetzen. Voraussetzung dafür ist aber, dass die Bürger*innen sich eine informierte Meinung bilden können.

2017 formulierte die damalige Bundesregierung in den Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ den Anspruch, die Kommunikation mit der Öffentlichkeit zu ihrem Engagement in der zivilen Krisenprävention auszubauen. Eine unter den Bundesministerien abgestimmte Kommunikation soll das umfassende Engagement gegenüber der Öffentlichkeit erklären und auf die Chancen, Herausforderungen und Grenzen eines Engagements hinweisen. Damit würde in der Öffentlichkeit das Verständnis für die Komplexität eines solchen Engagements wachsen.

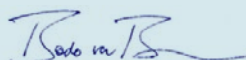
Die Abstimmungsprozesse zwischen den Bundesministerien wurden in den vergangenen Jahren zwar verbessert und eine ressortgemeinsame Arbeitsgruppe zur öffentlichen Kommunikation von Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung eingerichtet. Eine effektive Kommunikationsleistung benötigt allerdings nicht nur ausreichend Mittel und Strukturen, sondern auch eine einheitliche, ressortübergreifende Regierungsposition. Gerade vor diesem Hintergrund bleibt die Kommunikation der Bundesregierung zum deutschen Engagement in Mali trotz Fortschritten in einzelnen Bereichen unzureichend.

Die vorliegende Studie untersucht, wie sich die bisherigen Kommunikationsmaßnahmen der Bundesregierung zum deutschen Engagement in Mali in deutschen Printmedien niederschlagen und ob die von der Bundesregierung bzw. den einzelnen Bundesministerien beabsichtigten Kernbotschaften aufgegriffen wurden. Dazu erhebt die Studie anhand von ausgewählten Schlüsselereignissen aus den Jahren 2013 bis 2020 thematisch dazu veröffentlichte Artikel. Außerdem analysiert sie die Kernbotschaften und gibt Empfehlungen für zukünftige gemeinsame Kommunikationsmaßnahmen der Bundesregierung.

Unser Dank gilt der Agentur mfm – menschen für medien und ihren Mitarbeiter*innen, die die Medienresonanzanalyse erstellt haben. Wir danken der Beiratsarbeitsgruppe „Öffentliche Kommunikation und zivile Krisenprävention“ für die Beauftragung und Begleitung der Studie, sowie den Beiratsmitgliedern Dr. Jörn Gravingholt und Prof. Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann für ihre ausführliche und hilfreiche Kommentierung und Laura Berger für ihre redaktionelle Arbeit.



Dr. Kira Vinke
Co-Vorsitzende



Bodo von Borries
Co-Vorsitzender

Beirat Zivile Krisenprävention und Friedensförderung

Juni 2022

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Inhaltsverzeichnis	6
Zusammenfassung	8
Executive Summary	10
1. Einleitung	12
2. Methodik	14
3. Ergebnisse	16
3.1 Quantitative Auswertung und Einordnung der Artikel	17
3.2 Qualitative Analyse	19
3.2.1 Gesamttendenz und Kontext: Konflikt statt Lösung	19
3.2.2 Der „vernetzte Ansatz“ in der Kommunikation der Bundesregierung	20
3.2.3 Akteure	20
3.2.4 Handlungsorte der Berichterstattung	21
3.2.5 Flucht, Migration und Ortsbezug	21
4. Schlussfolgerungen und Empfehlungen	22
Der Beirat der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung	24

Zusammenfassung

Zielsetzung

Mit dieser Studie sollen die Kommunikationsmaßnahmen der Bundesregierung im Bereich zivile Krisenprävention und Friedensförderung zum deutschen Engagement in Mali erfasst und bewertet werden. Sie nimmt die Einsätze der Bundeswehr bei der EU-Trainingsmission EUTM, der Unterstützungsmission unter afrikanischer Führung AFISMA und der UN-Stabilisierungsmission MINUSMA im Zeitraum 2013 bis 2020 in den Blick. Bei MINUSMA war auch die deutsche Polizei beteiligt, dies wird in der medialen Berichterstattung meist aber nicht erwähnt. Die Studie berücksichtigt zudem die zivilen Komponenten des deutschen Engagements in Mali: durch die deutsche Botschaft in Bamako, die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die Förderbank KfW, politische Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen sowie den zivilen Friedensdienst.

Vorgehensweise

Eine Medienresonanzanalyse ermöglicht es, den Erfolg von Öffentlichkeitsarbeit zu messen. Sie untersucht, inwieweit beabsichtigte Botschaften durch Medien aufgegriffen und veröffentlicht wurden. Damit können die Kommunikationsmaßnahmen der Bundesregierung im Bereich der zivilen Krisenprävention in Mali sowohl erfasst als auch bewertet werden. Bei der vorliegenden Studie wurde zunächst eine quantitative Inhaltsanalyse anhand von sechs Schlüsselereignissen vorgenommen. Die folgenden Schlüsselereignisse in Mali zwischen 2013 und 2020 wurden ausgewählt:

- Erstmandatierung der Beteiligung deutscher Soldat*innen an der UN-Mission MINUSMA in Mali am 1. Juli 2013
- Besuch der Bundeskanzlerin Angela Merkel in Mali am 9. Oktober 2016
- Absturz des Bundeswehrhelikopters „Tiger“ am 26. Juli 2017
- Aufstockung des Kontingents deutscher Soldat*innen in Mali auf 1.100 Personen am 26. Februar 2018
- Angriff auf die EU-Trainingsmission EUTM am 24. Februar 2019
- Putsch gegen den malischen Präsidenten Ibrahim Boubacar Keita und dessen anschließenden Rücktritt am 19. August 2020

Die Analyse umfasste die überregionale Tagespresse, die Wochenpresse und ausgewählte regionale Abonnementzeitungen. Erhoben wurden jeweils thematisch passende Artikel mit einem Vor- und Nachlauf von zehn Tagen zum jeweiligen Schlüsselereignis. Die Bewertung erfolgte anhand der Anzahl der veröffentlichten Artikel.

Diese Artikelauswahl wurde in einem zweiten, qualitativen Schritt daraufhin untersucht, ob die intendierten Kernbotschaften der Bundesregierung bzw. der einzelnen Ressorts übernommen wurden. Bei der Analyse ging es um die Themen, Akteure, verbreitete Narrative und sichtbare Kommunikationskonzepte, die in den Artikeln zu finden sind. Außerdem ging es um die Frage, ob es in der Berichterstattung eine Gesamttendenz und Bewertung des deutschen Engagements in Mali gibt.

Ergebnisse

Diese Analyse kann die Grundlage für die strategische Ausrichtung weiterer Kommunikationsmaßnahmen der Bundesregierung bilden. Zu den ausgewählten Schlüsselereignissen wurden nur 173 Artikel in den Printmedien gefunden. Vor allem in den regionalen Abonnementzeitungen finden sich wenige Artikel zum deutschen Engagement in Mali und sie stellen häufig keinen Bezug zu den internationalen Missionen her. In der Berichterstattung stehen die militärische Perspektive und der Einsatz der Bundeswehr zur Stabilisierung des Landes im Vordergrund. Außerdem wird über die multilaterale Zusammenarbeit und einige zivile Komponenten berichtet. In den Artikeln dominieren Konfliktbeschreibungen; Lösungsansätze werden dagegen selten thematisiert. Neben der Bundesregierung und der Bundeswehr werden vor allem institutionelle Akteure aus Europa und Afrika erwähnt. Zivilgesellschaftliche Akteure wie Nichtregierungsorganisationen kommen in den Artikeln nur selten vor. Explizite Bewertungen der Missionen bilden die Ausnahme. Es dominiert eine sachliche, aber selten in die Tiefe gehende Berichterstattung zu Ereignissen, die der Komplexität der Konflikte nur in Einzelfällen gerecht wird.

Executive Summary

Objectives

The aim of this study is to document and evaluate the communication measures undertaken by the Federal Government in the area of civilian crisis prevention and peacebuilding in connection with Germany's engagement in Mali. It focuses on the Bundeswehr's participation in the EU Training Mission (EUTM), the African-led International Support Mission (AFISMA) and the UN stabilisation mission MINUSMA between 2013 and 2020. The German police were also involved in MINUSMA; media reports, however, generally omit to mention this. The study also takes into account the civilian component of Germany's engagement in Mali, through the German Embassy in Bamako, the Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), the development bank KfW, political foundations, non-governmental organisations and the Civil Peace Service.

Approach

A media resonance analysis allows the success of public relations work to be measured. It explores the extent to which intended messages were taken up and published by the media. In this way, the communication measures of the Federal Government in the area of civilian crisis prevention in Mali can be both documented and evaluated. In this study, first a quantitative content analysis was carried out on the basis of six key events. The following key events that occurred in Mali between 2013 and 2020 were selected:

- First mandate for the participation of German soldiers in the UN mission MINUSMA in Mali on 1 July 2013
- Visit of Chancellor Angela Merkel to Mali on 9 October 2016
- Crash of the Bundeswehr helicopter "Tiger" on 26 July 2017
- Increase in the contingent of German soldiers in Mali to 1100 on 26 February 2018
- Attack on the EU training mission EUTM on 24 February 2019
- Coup against Malian President Ibrahim Boubacar Keita and his subsequent resignation on 19 August 2020

The analysis covers the supraregional daily press, the weekly press and selected regional subscription newspapers. Thematically relevant articles published up to ten days before and after the key event concerned were collected. The evaluation documented the number of published articles.

In a second, qualitative step, this selection of articles was then examined to assess whether the core messages that the Federal Government or the individual ministries intended to communicate had been taken on board. The analysis focused on the topics, stakeholders, disseminated narratives and visible communication concepts to be found in the articles. It also considered whether the reporting revealed an overall trend and contained an assessment of Germany's engagement in Mali.

Findings

This analysis could form the basis for the strategic focus of other Federal Government communication measures. Only 173 articles on the selected key events were found in the print media. The regional subscription newspapers in particular feature few articles on Germany's engagement in Mali, and those there are often make no reference to the international missions. The reporting focuses mainly on the military perspective and the deployment of the Bundeswehr to stabilise the country. It also refers to multilateral cooperation and some civilian components. The articles are dominated by descriptions of the conflict; solution approaches, however, rarely receive attention. In addition to the Federal Government and the Bundeswehr, the reports primarily mention institutional stakeholders from Europe and Africa. Civil society players such as non-governmental organisations seldom feature in the articles. Explicit assessments of the missions are the exception. Objective reporting on events dominates, but the reports rarely go into any depth and only in a few cases do they do justice to the complexity of the conflicts.

1. Einleitung

Der bewaffnete Konflikt in Mali ist ein Schwerpunkt des deutschen Krisenengagements. Die Bundesregierung ist in Mali mit außen-, entwicklungs- und sicherheitspolitischen sowie friedensfördernden Maßnahmen aktiv. Gleichzeitig sind sowohl die Ziele des Engagements als auch die bisherigen Erfolge und Misserfolge in der deutschen Bevölkerung kaum bekannt, wie etwa die Ergebnisse der jährlichen Bevölkerungsumfrage des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr¹ belegen.

Diese Studie untersucht die mediale Berichterstattung zu ausgewählten Schlüsselereignissen des deutschen Engagements in Mali in den Jahren 2013 bis 2020 und analysiert, wie die Presseartikel zum Gesamtverständnis dieser Aktivitäten beitragen. Der Fokus liegt dabei einerseits auf der deutschen Beteiligung an militärischen Einsätzen – wie der EU-Trainingsmission (European Union Training Mission, EUTM), der Unterstützungsmission unter afrikanischer Führung (African-led International Support Mission to Mali, AFISMA) und der UN-Stabilisierungsmission (Mission Multidimensionnelle Intégrée des Nations Unies pour la Stabilisation au Mali, MINUSMA) – und andererseits auf zivilen Komponenten des deutschen Engagements durch die deutsche Botschaft in Bamako, die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die Förderbank KfW, politische Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen und den zivilen Friedensdienst. Dabei wurden Printartikel zwischen 2013 und 2020 daraufhin untersucht, ob sie Kernbotschaften der Bundesregierung bzw. einzelner Bundesministerien aufgegriffen haben.

Diese Analyse soll zu einem besseren Verständnis darüber beitragen, wie das Engagement der Bundesregierung in Mali zwischen 2013 und 2020 in der medialen Öffentlichkeit aufgenommen wurde. Die Studie untersucht auch die Rollen unterschiedlicher Akteure und schaut, wie diese in der medialen Öffentlichkeit wahrgenommen werden.

Folgende Leitfragen stehen im Zentrum der Medienresonanzanalyse:

- Wie wird das Engagement der Bundesregierung, der Einsatz der Bundeswehr und die zivilen Komponenten des deutschen Engagements in der Krisenregion Mali dargestellt?
- Welche Narrative beherrschen die Berichterstattung? Dominiert eher das militärische Narrativ oder das Narrativ vom vernetzten Ansatz?
- Wird die Idee des vernetzten Ansatzes in der Berichterstattung überhaupt aufgegriffen?
- Welche Akteure werden wahrgenommen?
- Ist eine Gesamttendenz der Berichterstattung erkennbar?
- Werden die Akteure als aktiv oder passiv rezipiert?

¹ Vgl. Steinbrecher et al. (2021): Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse und Analysen der Bevölkerungsbefragung 2020. Potsdam: Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr. <https://www.bundeswehr.de/resource/blob/5036360/dd413dbbd10610484755c6f4fbfbaa93/download-fober-128-data.pdf>

2. Methodik

Die Medienresonanzanalyse besteht aus einer quantitativen Analyse thematisch ausgewählter Printartikel (siehe Abbildung 1) sowie einer qualitativen Inhaltsanalyse. Die Stichprobe umfasst fünf Schlüsselereignisse zwischen 2013 und 2020, während derer eine vermehrte Medienberichterstattung erwartet wird. Zwei davon haben einen politischen Bezug: die Erstmandatierung der UN-Mission MINUSMA durch den Deutschen Bundestag am 1. Juli 2013 und der Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel am 9. Oktober 2016 in Mali. Zwei Ereignisse haben einen militärischen Bezug: der Absturz des Bundeswehrhelikopters „Tiger“ am 26. Juli 2017, bei dem zwei deutsche Soldaten ums Leben kamen, sowie der Angriff auf die EU-Trainingsmission EUTM in Mali am 24. Februar 2019. Als letztes Schlüsselereignis wurde der Putsch gegen den malischen Präsidenten Ibrahim Boubacar Keita und seinen darauffolgenden Rücktritt am 19. August 2020 ausgewählt. Nachträglich wird ein weiteres Schlüsselereignis der Analyse hinzugefügt: die im Bundestag beschlossene Aufstockung des Kontingents deutscher Soldat*innen in Mali auf bis zu 1.100 Personen am 26. Februar 2018.

Es folgt eine Recherche in der Pressedatenbank „Genios“, bei der die Artikelnachweise jeweils zehn Tage vor und nach dem jeweils gewählten Schlüsselereignis erhoben werden. Als Schlagwort wird „Mali“ für das Retrieval der Artikel genutzt. Zehn Printmedien der überregionalen Tagespresse, Wochenpresse und ausgewählte regionale Abonnementzeitungen bilden die Untersuchungsobjekte. Für die Tagespresse gehören die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), die Süddeutsche Zeitung (SZ), die Welt und die taz zum Untersuchungskorpus. Aus der Wochenpresse werden der Spiegel und die Zeit ausgewählt. Zu einem späteren Zeitpunkt werden auch regionale Zeitungen einbezogen. Damit soll überprüft werden, ob es sich bei der ersten Auswahl möglicherweise um Zeitungen handelt, die in den definierten Zeiträumen über andere Ereignisse berichten oder aufgrund einer stärkeren landespolitischen Ausrichtung nur Kurznachrichten über die Ereignisse in Mali in ihre Berichterstattung aufnehmen. Als Regionalzeitungen werden der in Berlin erscheinende Tagesspiegel, die Hannoversche Allgemeine (HAZ), die Westfälischen Nachrichten und die Passauer Neue Presse (Passauer NP) den Untersuchungsobjekten hinzugefügt. Ziel ist es, einen Materialkorpus von bis zu 400 Beiträgen zu den gewählten Schlüsselereignissen zu erhalten.

Außerdem werden zusätzlich weitere potenzielle Schlüsselereignisse in der Datenbank abgefragt. Damit soll ausgeschlossen werden, dass ein Ereignis mit stärkerer medialer Berichterstattung übersehen wird. Durch diese Ausweitung des Materialkorpus veränderten sich die wesentlichen Erkenntnisse jedoch nicht.



Abbildung 1: Methodisches Vorgehen der quantitativen Inhaltsanalyse der Studie

3. Ergebnisse

3.1 Quantitative Auswertung und Einordnung der Artikel

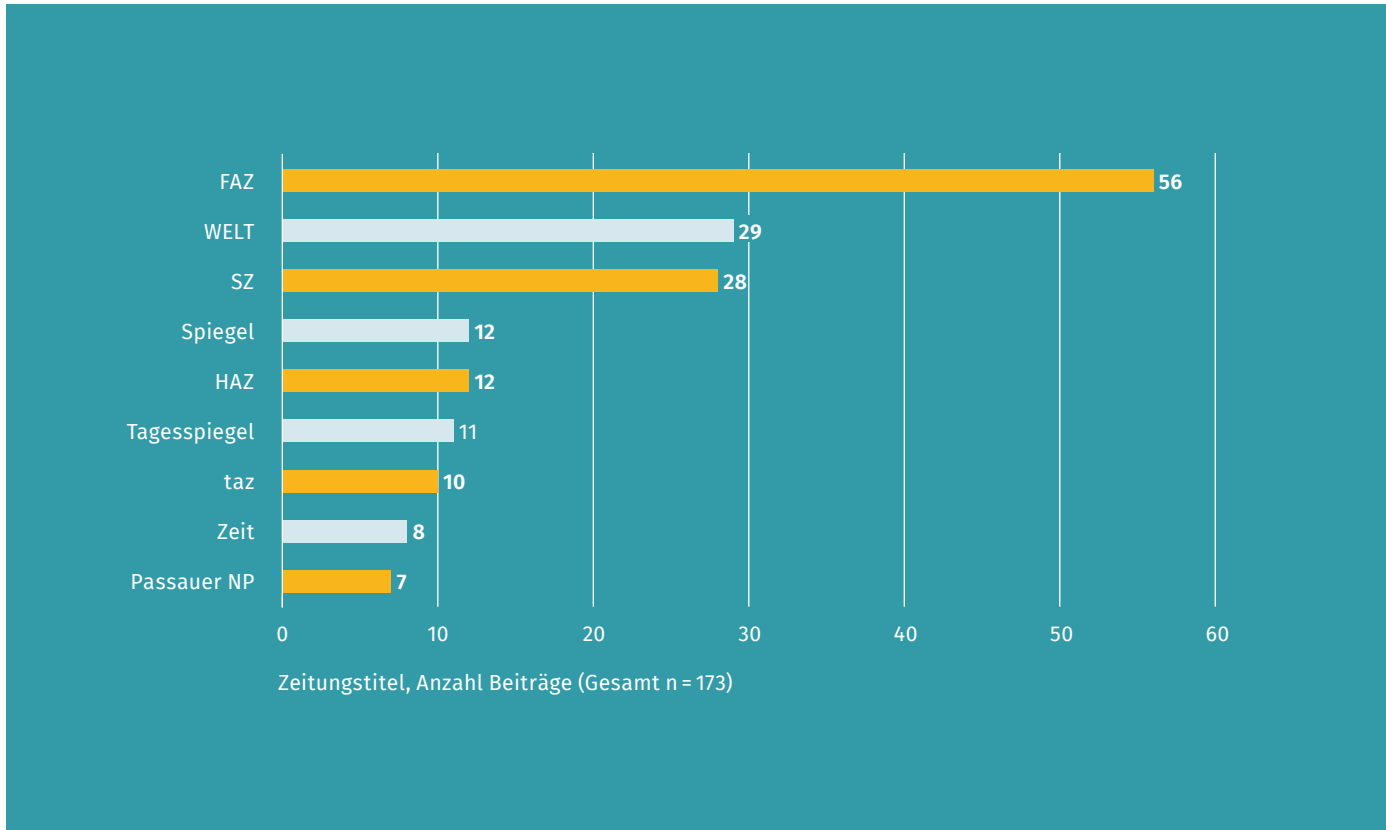


Abbildung 2: Anzahl der Artikel je analysiertem Printmedium

Die Zahl der Artikel zu den gewählten Schlüsselereignissen stellt sich nach der ersten Datenanalyse als geringer heraus als erwartet. Der Materialkorporus umfasst 173 thematisch passende Artikel (siehe Abbildung 2). Die Frankfurter Allgemeine Zeitung veröffentlicht 56 Artikeln zum deutschen Engagement in Mali, das macht den größten Anteil der Berichterstattung in Deutschland aus. Es folgen die Welt (29 Artikel) und die Süddeutsche Zeitung (28 Artikel). In den wöchentlichen Publikationen der Spiegel (zwölf Artikel) und die Zeit (acht Artikel) wird deutlich weniger darüber berichtet. Auch regionale Tageszeitungen informieren über das deutsche Engagement in Mali. In der Hannoverschen Allgemeinen finden sich dazu zwölf Artikel, im Tagesspiegel elf Artikel und in der Passauer Neuen Presse immerhin sieben Artikel.

Oft handelt es sich um anlassbezogene Beiträge, die das internationale Engagement Deutschlands zumeist nicht thematisieren. In der Berichterstattung steht die militärische Perspektive im Vordergrund, gefolgt von der multilateralen Zusammenarbeit und den zivilen Komponenten (siehe Abbildung 4). Der Begriff „vernetzter Ansatz“ wird in den Publikationen nicht erwähnt. Problem- und Konfliktbeschreibungen beherrschen die Berichterstattung zu „Mali“ (Kontextualisierung). Über Lösungen oder Lösungsansätze wird in den Artikeln nur selten geschrieben.

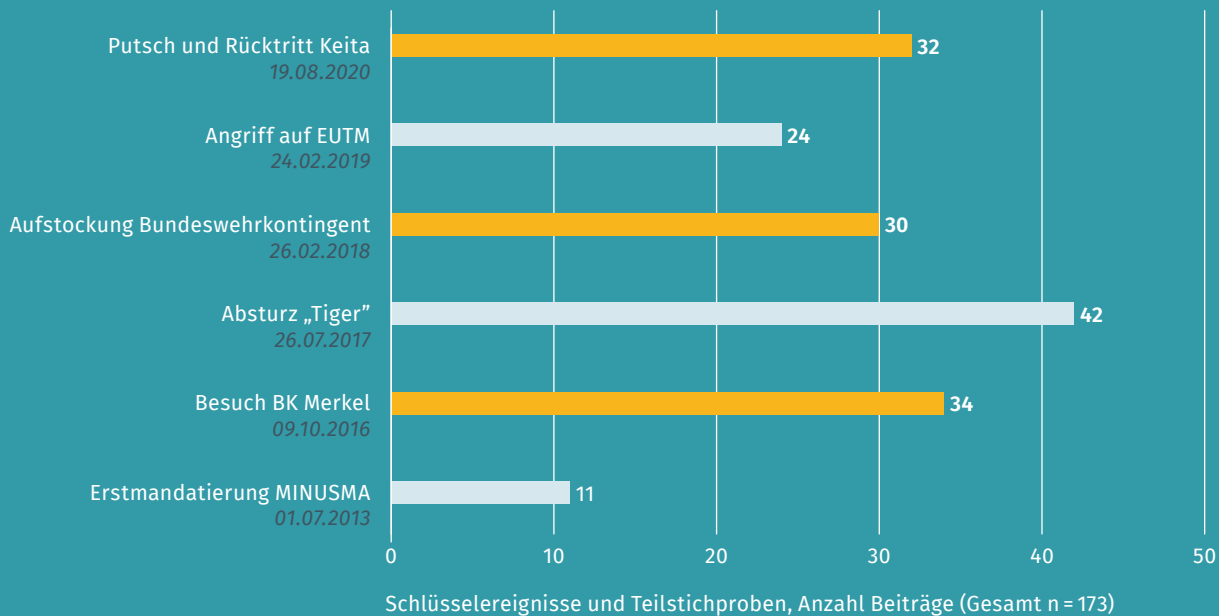


Abbildung 3: Einordnung der Artikel nach identifiziertem Schlüsselereignis

Die analysierten Printmedien berichten mit 42 Artikeln am meisten über den Absturz des Bundeswehrehubschraubers „Tiger“ am 26. Juli 2017 (siehe Abbildung 3). Artikel über Unglücke sind üblicherweise in der Berichterstattung besonders häufig zu finden. Hier blieben die Erwähnungen hinter den Erwartungen zurück. Der Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Mali wird in 34 Artikeln thematisiert. 32 Artikel befassen sich mit dem Putsch und Rücktritt des malischen Präsidenten Ibrahim Boubacar Keita. Das nachträglich hinzugefügte Schlüsselereignis, die Aufstockung des Kontingents deutscher Soldat*innen in Mali 2018, sorgt für 30 zusätzliche Treffer. Mit dem Angriff auf die EU-Trainingsmission EUTM Anfang 2019 befassen sich 24 Artikel. Obwohl die UN-Mission MINUSMA bis zum Ende des internationalen militärischen Engagements in Afghanistan den zweitgrößten Bundeswehreinsatz darstellte, wird die Erstmandatierung in nur elf Artikeln aufgegriffen.

Neben der Bundesregierung und der Bundeswehr werden vor allem institutionelle und staatliche Akteure aus Europa und Afrika in den Artikeln erwähnt. Die Zivilgesellschaft steht dagegen selten im Fokus. Die Missionen werden in der Berichterstattung selten bewertet. Falls doch, wird das Vorgehen der Bundeswehr eher besser bewertet als das der Bundesregierung. Insgesamt nimmt das deutsche Engagement in Mali keinen wichtigen Platz auf der publizistischen Agenda ein.

3.2 Qualitative Analyse

3.2.1 Gesamttendenz und Kontext: Konflikt statt Lösung

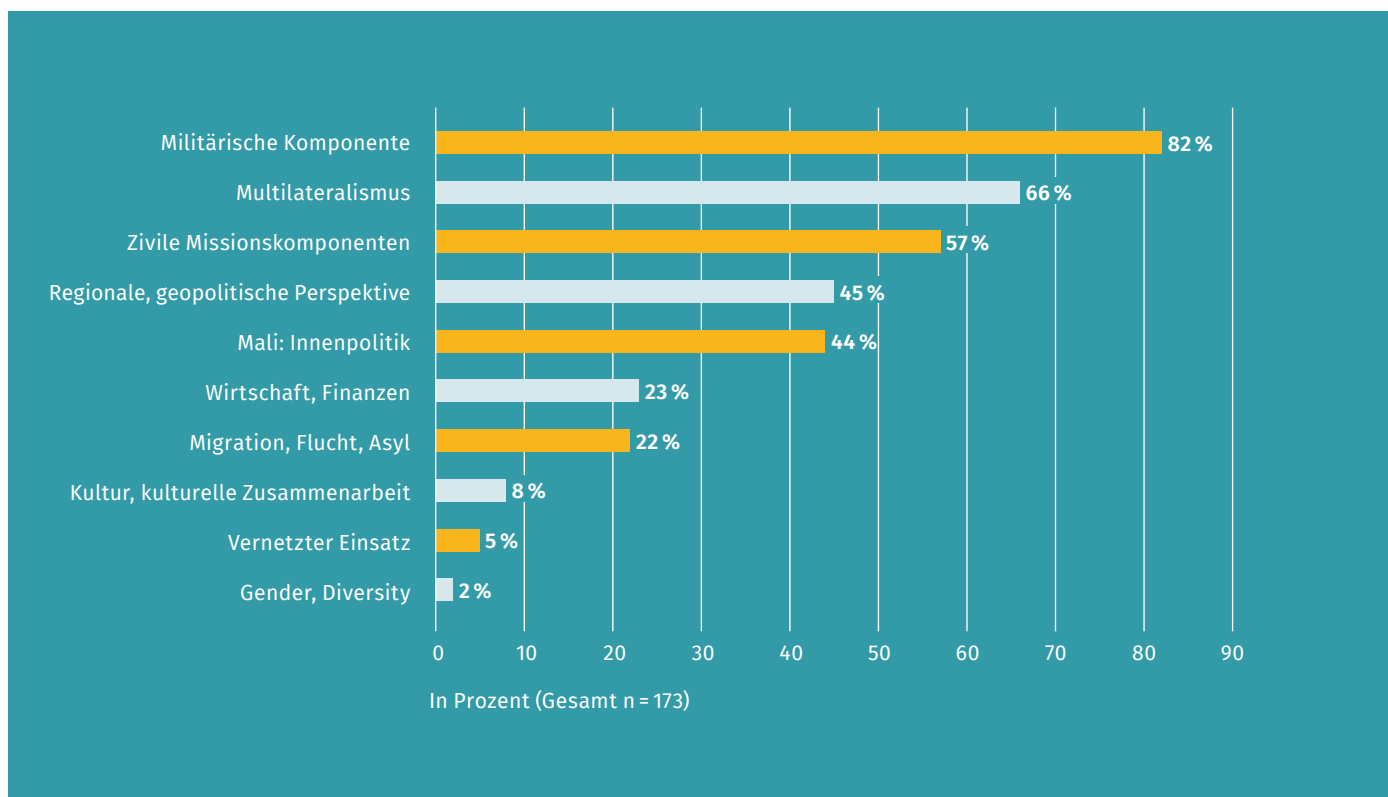


Abbildung 4: Thematische Zuordnung der ausgewerteten Artikel (mehrere Zuordnungen möglich)

82 % der ausgewerteten Artikel weisen einen militärischen Bezug auf und konzentrieren sich auf die militärische Komponente des Engagements. Auch die multilaterale Einbindung des deutschen Engagements spielt in der Mehrheit der Artikel (66 %) eine Rolle. In 57 % aller Artikel werden zivile Missionskomponenten erwähnt. Die regionale oder geopolitische Perspektive (45 %) sowie die malische Innenpolitik (44 %) werden in den Artikeln häufig ebenfalls thematisiert, stehen aber nicht im Fokus.

Deutlich weniger beachtet werden die Themen Wirtschaft und Finanzen (23 %) sowie Migration, Flucht und Asyl (22 %). Kaum Erwähnung finden darüber hinaus der Bereich Kultur (8 %), der vernetzte Ansatz (5 %) und Themen aus dem Bereich Gender und Diversity (2 %). Weitere Lösungsansätze wie Demokratieaufbau oder Unterstützung beim Aufbau des Gerichtswesens spielen in der Berichterstattung dagegen kaum eine Rolle.

3.2.2 Der „vernetzter Ansatz“ in der Kommunikation der Bundesregierung

Der vernetzte Ansatz – eigentlich Kern der deutschen Sicherheitspolitik – schafft es im Untersuchungszeitraum nicht über die mediale Wahrnehmungsschwelle. Auffällig ist, dass bereits beim ersten öffentlichen „Kommunikationsaufschlag“ der Bundesregierung, also der Einbringung des Antrags zur Entsendung der Bundeswehr nach Mali am 19. Februar 2013, der vernetzte Ansatz nicht erwähnt wird – weder im Antrag für das EUTM-Mandat noch im Antrag für das AFISMA-Mandat zur Unterstützung der französischen Streitkräfte. Auch in den Beschlussempfehlungen und Entschließungsanträgen zu Mali im Frühjahr 2013 fehlt der Begriff „vernetzter Ansatz“. In Interviews, die der damalige Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière im Frühjahr 2013 zu Mali gegeben hat, taucht der Begriff ebenfalls nicht auf.

Im Rahmen der Analyse wird zudem überprüft, welche Begriffe auf den Websites der Bundesministerien und der Bundeswehr genutzt werden. 2021 wird in den Online-Publikationen der Bundeswehr unter den Stichworten „MINUSMA“ oder „Einsatz in Mali“ der vernetzte Ansatz nicht erwähnt. Auf der Website der Bundeswehr gibt es 850 Einträge zu Mali, allerdings nur fünf zum vernetzten Ansatz. Von diesen Einträgen steht wiederum keiner im Zusammenhang mit Mali. Ähnlich sieht es auf der Website der Bundesregierung aus. Dort findet man neun Treffer bei den Begriffen „vernetzter Ansatz“ und „Mali“. Allerdings sind diese zwar offenbar dem Schlagwort „vernetzter Ansatz“ zugeordnet worden, in den Texten selbst kommt der Begriff jedoch nicht vor. Das Bundesverteidigungsministerium wiederum benutzt den Begriff auf seiner Homepage etwas häufiger. Eine Suche ergibt 32 Treffer, wobei sich aber nur zehn Treffer direkt auf Mali beziehen.

Der Begriff „vernetzter Ansatz“ wurde in der Auftaktkommunikation der Bundesregierung nicht verwendet, daher ist es folgerichtig, dass er auch in den Medienberichten nicht genutzt wurde. Das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit nutzen diesen Begriff weitaus häufiger in ihrer Außenkommunikation und auf ihren Websites. Eine weitere Analyse der Kommunikation dieser beiden Ministerien könnte Anhaltspunkte dafür liefern, warum der Begriff in Bezug auf Mali von den Medien nicht aufgegriffen wurde. Vielleicht liegt es daran, dass beide Ministerien kommunikativ weniger mit dem Bundeswehreinsatz in Mali in Verbindung gebracht werden. Insofern nimmt die Berichterstattung seit 2013 nur auf, was in den Beschlussvorlagen für die Mandatierung im Bundestag steht und in der Auftaktkommunikation vermittelt wurde: Der Fokus liegt auf dem bewaffneten Einsatz zur Stabilisierung des Landes und auf der Ausbildung malischer Streitkräfte.

3.2.3 Akteure

Die Dominanz der militärischen Perspektive in der Berichterstattung zeigt, dass der Bundeswehr eine Rolle als eigenständige Akteurin zugeschrieben wird. Die Bundeswehr stellt für die Journalist*innen oftmals die Informationsquelle und die erste Ansprechpartnerin für eine Berichterstattung aus Mali dar. Die Rolle der Bundeswehr in Mali wurde zumeist positiv eingeschätzt. Die Bundeswehr in Mali wird also als wichtige, positiv besetzte, eigenständige Akteurin wahrgenommen. Daher nimmt sie in der Kommunikation neben der Bundesregierung eine Schlüsselrolle ein.

Im Gegensatz zum vernetzten Ansatz sticht die Dominanz des militärischen Narrativs hervor. Die Anträge der Bundesregierung für die Mandatierung im Februar 2013 sprechen ausschließlich von einer bewaffneten „Stabilisierungsmission“, um die territoriale Integrität und Stabilität in Mali wiederherzustellen, die französischen Streitkräfte zu unterstützen und gegen islamistische terroristische Milizen vorzugehen. Dieses stark militärische, von Beginn an gesetzte Narrativ der Bundesregierung wurde von den Medien aufgegriffen und durch die Kommunikation der Bundeswehr verstärkt. Somit dominiert dieses Narrativ in der Mehrzahl der Artikel. Die Überschneidung mit zivilen Aspekten, etwa Wiederaufbauhilfe und Demokratieförderung, wird nicht ausreichend von allen Akteuren kommuniziert.

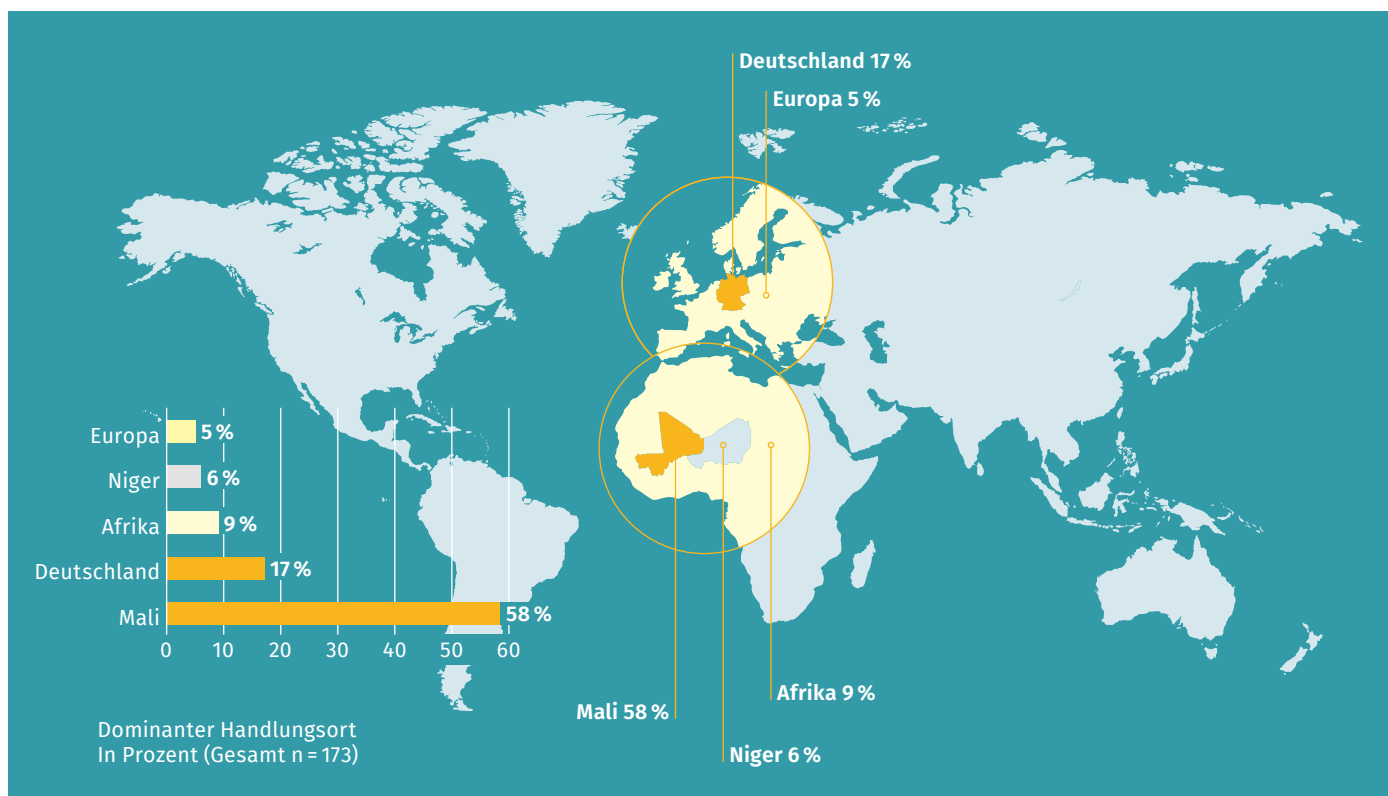


Abbildung 5: Handlungsorte der Berichterstattung

Andere Akteure wie Nichtregierungsorganisationen oder Durchführungsorganisationen wie die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit spielen in der Berichterstattung kaum eine Rolle. Allerdings wurden im Rahmen dieser Analyse die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Nichtregierungsorganisationen und der dadurch erzielte Output in den Medien nicht untersucht.

3.2.4 Handlungsorte der Berichterstattung

In der analysierten Berichterstattung dominiert mit 58 % der Handlungsort Mali (siehe Abbildung 5). 6 % der Artikel konzentrieren sich auf den Nachbarstaat Niger und immerhin 9 % der Artikel stellen einen Zusammenhang zum afrikanischen Kontinent her. 17 % der Artikel fokussieren sich auf Debatten und Akteure in Deutschland. 5 % beziehen auch den größeren europäischen Kontext mit ein.

3.2.5 Flucht, Migration und Ortsbezug

Flucht und Migration stellen in der Berichterstattung über den Einsatz der Bundeswehr in Mali ein untergeordnetes Thema dar. Der Zusammenhang zwischen einem Einsatz gegen islamistischen Terrorismus, der Stabilisierung des Landes und der indirekten Verhinderung von Fluchtursachen wird in der Berichterstattung kaum hergestellt. Es fehlen panafrikanische Ortsbezüge für eine umfassende Berichterstattung zur Thematik Flucht und Migration. Mali ist Durchgangsstation der Subsahara-Migration und Ausgangspunkt eigener Migrationsbewegungen. Daher hätten in einer Berichterstattung über Fluchtursachen die Ortsbezüge „Nigeria-Mali-Niger-Mauretanien“ oder „Algerien-Marokko-Spanien“ hergestellt werden müssen. Auch die Verortung und damit eine thematische Verankerung in regionale Problemfelder findet nicht statt. Über die Ereignisse in Mali wird isoliert von anderen regionalen Entwicklungen berichtet; Mali wird fast nur im direkten Bezug zu Deutschland oder Europa thematisiert.

4. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Die Kommunikationswirkung von Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich „Stabilisierung, Konfliktprävention und -bearbeitung sowie Friedensförderung“ zu messen, ist komplex. Eine erfolgreiche Kommunikation ist nur möglich, wenn das Ziel des deutschen Engagements in Mali klar benannt werden kann und eindeutige Narrative über das Engagement verbreitet werden. Die Bundesregierung kommuniziert über ihre Arbeit und ihre Ziele über ihre verschiedenen Ressorts. In der Außenwahrnehmung gibt es jedoch nur die eine Kommunikation der Bundesregierung, auch wenn verschiedene Bundesministerien aktiv sind. Durch eine abgestimmte Kommunikation können die Ressorts erreichen, dass bestimmte Themen stärker in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.

Ziel dieser Studie war es, die Kommunikation einzelner Ressorts und der Bundesregierung insgesamt zu betrachten und den medialen Output dieser Kommunikation zu analysieren. Wenn es bei der Zielsetzung und Umsetzung eines Einsatzes Widersprüche gibt, zeigen sich diese auch in der Außenkommunikation.

Die Studie hat ergeben, dass klare Zielformulierungen, eine ressortübergreifende Strategieplanung und ein Agendasetting die zentralen Bestandteile einer politisch kohärenten Kommunikation sind. Um diese zu implementieren, sind folgende Einzelmaßnahmen sinnvoll:

- Eine ressortübergreifende Kommunikationsstrategie einschließlich thematischer Umfeld- und Risikoanalyse unterstützt den übergeordneten Ansatz.
- Zwischen den Bundesministerien sollten klare Kommunikationsziele abgestimmt und festgelegt werden.
- Aus der ressortübergreifenden Kommunikationsstrategie sollte ein Wording, das einheitlich und ressortübergreifend verwendet wird, abgeleitet werden. Ein gemeinsamer Redaktionsplan bildet die Grundlage für die Umsetzung der Kommunikationsmaßnahmen.
- Die Umsetzung der Kommunikationsstrategie sollte regelmäßig evaluiert und gegebenenfalls angepasst werden. Dazu sollte auch das Feedback externer Kommunikationsexpert*innen und Journalist*innen eingeholt werden.
- Die Ressorts sollten proaktiver als bisher Inhalte für die Berichterstattung anbieten und Kommunikationsanlässe schaffen. Sinnvolle Instrumente sind etwa wiederkehrende Pressebriefings, regelmäßige Hintergrundgespräche sowie Journalistenreisen zum Einsatzort. Letztere sollten das deutsche Engagement in seiner gesamten Breite, insbesondere auch die zivilen Maßnahmen der Krisenprävention und Friedensförderung, präsentieren.
- Um eine größere kommunikative Breitenwirkung zu erzielen, sollten für regionale Medien tätige Journalist*innen stärker einbezogen werden.

Der Beirat der Bundesregierung Zivile Krisenprävention und Friedensförderung

Der Beirat bündelt zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Expertise zur Krisenprävention und Friedensförderung und berät die Arbeit der Bundesregierung. Er setzt sich aus 20 Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen zusammen. Er begleitet die Umsetzung der 2017 von der Bundesregierung beschlossenen Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“. Durch seine Arbeit fördert der Beirat aktiv den Austausch der Bundesregierung mit der Zivilgesellschaft. Zu übergreifenden strategischen Fragen kann der Beirat öffentlich Stellung beziehen. Weitere Informationen zum Beirat, sowie die Publikationen, finden sich auf:
<https://beirat-zivile-krisenpraevention.org>

Mitglieder des Beirats:

Bodo von Borries

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO), (Vorsitzender)

Dr. Kira Vinke

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), (Vorsitzende)

Dr. Melanie Coni-Zimmer

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Professor Dr. Dr. Hans-Joachim Gießmann

Berghof Foundation

Generalleutnant a. D. Rainer Glatz

ehemaliger Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr sowie ehemaliger Senior Distinguished Fellow der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Dr. Jörn Grävingholt

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)

Melanie Hauenstein

United Nations Development Programme (UNDP)

Professor Dr. Andreas Heinemann-Grüder

Bonn International Center for Conflict Studies (BICC)

Christiane Kesper

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Dr. Jörg Lüer

Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)

Dr. Claudia Major

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Dr. Jochen Motte

Forum Menschenrechte

Nora Müller

Körber-Stiftung

Winfried Nachtwei

MdB a. D.

Dr. Sonja Schiffers

Heinrich-Böll-Stiftung

Ginger Schmitz

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Martin Vehrenberg

Konsortium Ziviler Friedensdienst (ZfD)/
AGIAMONDO e. V.

Leitender Kriminaldirektor Dipl. Krim. Lars Wagner

Deutsche Hochschule der Polizei

Priv.-Doz. Dr. Nadjma Yassari

Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht

